

Zu dieser Ausgabe

Die letzten Wochen standen ganz im Schatten des amerikanischen Präsidenten: zwischendurch einen Handelskrieg anzetteln, den ukrainischen Präsidenten beleidigen, Universitäten und Anwaltskanzleien in die Knie zwingen, Gerichtsurteile ignorieren, das westliche Bündnis in Frage stellen und die westliche Wertegemeinschaft gleich mit. Die wohlfeilen Witze aus Trumps erster Amtszeit über Haarpracht und beschränkten Wortschatz sind schal geworden. Gegenüber der Wucht, mit der der Umbau und Abbau der ältesten Demokratie der Welt betrieben wird, rückte der Ausgang der Bundestagswahl fast schon in den Hintergrund.

Wie konnte es so weit kommen und welche Folgen ergeben sich daraus für Deutschland und Europa? Erstere Frage kann auch das von *Helmar Schöne* besprochene Buch von Steven Levitskys und Daniel Ziblatts nicht beantworten, wohl aber die Systemfehler der US-amerikanischen Verfassung als begünstigende Rahmenbedingung deutlich machen. Mitverantwortlich werden oft auch die Internet-basierten Medien gemacht, die zu einem zentralen Akteur der politischen Kommunikation und Desinformation geworden sind. *Abelina Junge* erläutert dies am Beispiel der äußerst erfolgreichen, chinesischen Social-Media-App TikTok. Sie demonstriert aber auch, wie TikTok in der politischen Bildung produktiv genutzt werden kann. Ebenso zeigt *Wanda Möller*, dass textgenerative KI-Tools sich als Dialoggegenüber pädagogisch nutzen lassen. Einen weiteren Zugang zu einem kontroversen Unterrichtsthema stellt *Christian Fischer* vor.

Was die Folgen der Trump-Präsidentschaft für die US-Innen- und Außenpolitik und damit auch für die europäische Sicherheitspolitik betrifft, so wird schon einiges sichtbar. Hier sei auf die Beiträge von *Jakob Wiedekind*, *Johannes Varwick* und *Roland Sturm* verwiesen. Sicher ist: die neue Weltordnung wird kosten, vor allem teure Waffen. Führen die höheren Verteidigungsausgaben wenigstens auch zu mehr Wirtschaftswachstum? *Günther Grunert* hat Zweifel.

Wie es scheint, vertrauen nicht nur immer weniger Wähler ihren gewählten Repräsentant:innen, sondern auch die Politiker:innen trauen dem Wahlvolk immer weniger (zu). So haben die Grünen offenbar Abschied von ihrer Forderung nach Volksentscheiden auf der Bundesebene genommen. Stattdessen rückt das Format der Bürgerräte, d.h. zufallsausgewählte Bürgerversammlungen, als demokratische Innovation ins Zentrum der Debatten. *Alan Marx* und *Brigitte Geißel* kommen jedoch zum Ergebnis, dass die Art und Weise, wie dieses Beteiligungsinstrument derzeit eingesetzt wird, dem Vertrauen der Bürger:innen in die Politik eher ab- als zuträglich ist.

Wenig zugemutet haben auch die Parteien der Mitte dem Wahlvolk. Der Bundestagswahlkampf war, der AfD in die Hände spielend, fast schon monothematisch migrationsfixiert. Doch in den Koalitionsverhandlungen zur kleinen GroKo mussten die großen Brot-und-Butter-Themen, namentlich der Sozialpolitik, wieder auf das Tablett (hierzu auch das ONLINE ARCHIV). *Josef Schmid* sieht den Sozialstaat an seinen Grenzen. *Rolf G. Heinze* und *Dominik Schab* mahnen, Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene deutlich stärker in den Blick zu nehmen, denn dort entscheidet sich, wie der Bürger auf den Staat und dessen Leistungsfähigkeit blicken. *Stefan Immerfall* hofft, dass die neue Regierung Sozial- und Bildungspolitik stärker zusammen denkt.

Während die Trump-Administration Verpflichtungen für Unternehmen schleift, ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen, geht Deutschland und die EU (noch?) einen anderen Weg. Ein Beispiel ist das Lieferkettengesetz. Ein guter Ansatz? fragt *Christian Scheper*. Auch hinsichtlich der digitalen Dienste, ihrer Regulierung und sogar der Meinungsfreiheit insgesamt scheinen sich die Unterschiede zwischen diesseits und jenseits des Atlantiks zu vertiefen (*Edmund Budrich*).

Dennoch wünschen Herausgeberin und Herausgeber eine angenehme Lektüre!